

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 07.07.2026

Bekanntgabe im GGR : 18.08.2026

Überweisung im GGR : 18.08.2026



Fraktion SVP GGR
c/o Roman Küng
Fraktionspräsident
Bernoldweg 9
6300 Zug

Herr
Ivano de Gobbi
Präsident GGR Stadt Zug
Stadtkanzlei im Stadthaus
Gubelstrasse 22
6300 Zug

Zug, 7. Juli 2026

Motion: Wohnraum schaffen statt Verfahren blockieren

Sehr geehrter Herr Präsident

Der Stadtrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, welche die Bewilligungsverfahren für Wohnbauprojekte beschleunigen, die Planungssicherheit erhöhen und den Umgang mit Einsprachen effizienter gestalten.

Begründung:

Die Stadt Zug steht seit Jahren vor einer grossen Herausforderung im Bereich Wohnraum. Die Nachfrage nach Wohnungen ist hoch, das Angebot knapp und die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum ist ein zentrales Anliegen für die Bevölkerung, Familien, Unternehmen und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

Gleichzeitig zeigt sich, dass grössere Wohnbauprojekte immer häufiger durch zahlreiche Einsprachen und langwierige Rechtsverfahren verzögert werden. Das ordentliche Rechtsmittelverfahren ist ein wichtiger Bestandteil unseres Rechtsstaates und soll weiterhin gewährleistet bleiben. Es darf jedoch nicht dazu führen, dass notwendige Wohnbauprojekte über Jahre blockiert werden und die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum unnötig erschwert wird.

In der Praxis entsteht zunehmend der Eindruck, dass Einsprachen teilweise nicht mehr nur dem Schutz berechtigter Interessen dienen, sondern als Mittel zur Verzögerung von Projekten eingesetzt werden. Dies führt zu höheren Kosten, längeren Verfahren und zusätzlicher Unsicherheit für Bauherrschaften, Investoren und letztlich auch für die Bevölkerung, welche

auf bezahlbaren und verfügbaren Wohnraum angewiesen ist, um nicht aus der Stadt Zug wegziehen zu müssen.

Die Stadt Zug soll deshalb prüfen, wie Verfahren effizienter gestaltet und unnötige Verzögerungen reduziert werden können. Dazu gehören insbesondere eine frühzeitige Koordination zwischen Behörden und Projektverantwortlichen, klare und transparente Abläufe, eine bessere Kommunikation mit Einsprechenden sowie eine Prüfung, wie missbräuchliche oder rein verzögernde Verfahren eingedämmt werden können. Ziel muss sein, den Rechtsstaat zu respektieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass dringend benötigte Wohnbauprojekte nicht durch langwierige Verfahren ausgebremst werden.

Der Stadtrat wird beauftragt:

1. die Ursachen (der letzten 5 Jahre) für die zunehmende Anzahl und Dauer von Einsprachen bei Wohnbauprojekten in der Stadt Zug zu analysieren und zu kategorisieren;
2. Massnahmen vorzuschlagen, welche die Bewilligungsverfahren beschleunigen und die Planungssicherheit verbessern;
3. Möglichkeiten zu prüfen, wie missbräuchliche oder offensichtlich verzögernde Einsprachen reduziert werden können;
4. den politischen Handlungsspielraum der Stadt Zug zur Beschleunigung von Wohnbauprojekten aufzuzeigen;
5. dem Gemeinderat Bericht zu erstatten und konkrete Verbesserungsmassnahmen vorzulegen.

Begründung der Motion:

Wohnraum ist sehr knapp. Die Stadt Zug muss Rahmenbedingungen schaffen, damit bewilligte und rechtskonforme Projekte nicht unnötig jahrelang verzögert werden. Ein effizienter Umgang mit Verfahren stärkt den Wohnstandort Zug und schützt das Interesse der Bevölkerung an genügend Wohnraum.

Wir bitten um eine rasche Behandlung dieser Motion.

Für die SVP-Fraktion

Roman Küng, Fraktionspräsident